

Danziger Dampfboot.

N. 138.

Sonnabend, den 16. Juni.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaisengasse Nr. 5, wie auswärts bei allen königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Diefige auch pro Monat 10 Sgr.



1866.

37ter Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: Metemeyer's Centr.-Ztg.-u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Eugen Fort. S. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Hannover, Freitag 15. Juni.

In der heutigen Deputirtenkammer beantragte Benjamen eine Adresse an den König, in welcher es heißt: der gestrige Bundesratsbeschluss bedrohe Deutschland mit einem Bürgerkriege, Hannover mit einer unabsehbaren Last und gefährde die Unabhängigkeit des Landes, der König werde daher um die Entlassung der Minister ersucht, welche zur Zustimmung zum Beschlusse gerathen, das Haus verlange die Nichtausführung des Bundesbeschlusses, die Neutralität Hannovers und fordere die Berufung eines Parlaments.

Der preussische Friedens- und Bündnisvorschlag ist vom Könige abgelehnt, die Grundzüge eines engeren Bundes namentlich wegen der Anforderungen in Beziehung auf die militärische Organisation und die Flottenfrage entschieden verworfen. Es findet eine Konzentration der hannoverschen Truppen im Süden statt; man hofft auf österreichische Unterstützung. Die Eisenbahn nach Harburg soll an vielen Stellen zerstört sein.

Der Verkehr auf den Strecken Harburg-Lüneburg und Hohnstorf-Lüneburg ist auf Allerhöchsten Befehl aufgehoben.

Dresden, Freitag 15. Juni.

Eben hat ein Koncil stattgefunden, nach welchem der preussische Gesandte vom Könige empfangen worden ist. Das preussische Ultimatum: Neutralität, Verlegung der Armee auf Friedensfuß und baldige Einberufung des Parlaments zur Gründung einer neuen Bundesverfassung, ist sicherem Vernehmen nach abgelehnt.

Weimar, Freitag 15. Juni.

Aus guter Quelle verlautet, daß das Berliner Kabinet bei einigen Regierungen, welche gestern für die Mobilisirung gegen Preußen gestimmt, noch einen letzten Versuch gemacht habe, der auf dem Boden des Reformprojekts und der Parlamentsberufung steht. Man nennt darunter Hannover und Sachsen.

Kassel, Freitag 15. Juni.

Die Minister Abée und Harbordt haben ihre Entlassungsgesuche zurückgezogen, nachdem der Kurfürst einige Gesetze genehmigt hatte.

In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung ist nach dreistündiger heftiger Debatte ein von Bischoffshausen gestellter Antrag bei namentlicher Abstimmung mit 35 gegen 41 Stimmen angenommen worden. Derselbe lautet: Die Ständeversammlung fordert unter Bezugnahme auf die gestrige Abstimmung im Bundesrat die Regierung auf, unverzüglich zu der vom ganzen Lande gutgeheißenen neutralen Haltung zurückzukehren und die Mobilisirung der Truppen nicht auszuführen. Die Ständeversammlung verbindet hiermit die Erklärung, daß sie die Gelder für die Mobilmachung so lange ablehnen würde, als nicht nachgewiesen sei, daß der Zweck derselben dem Landesinteresse völlig entspreche. Im Falle das gegenwärtige Verlangen nicht beachtet würde, macht die Ständeversammlung die Regierung für alle schweren Folgen verantwortlich.

Frankfurt a. M., Freitag 15. Juni.

Sämtliche preussische Beamten am Bunde haben ihre amtlichen Funktionen eingestellt.

In der gestrigen Verhandlung der Bundesversammlung über den österreichischen Mobilisirungsantrag erklärten sich Hannover und Kurhessen gegen Punkt 4 des Antrages (Ernennung des Oberbefehlshabers)

und machten in Betreff der Motivirung einige Modifikationen. — Aus Darmstadt wird gemeldet, daß den Regierungen, welche gestern für den österreichischen Mobilisirungsantrag stimmten, preussischerseits auf das Bestimmteste eine Erklärung über ihre nunmehrigen Absichten gegenüber abverlangt ist.

Der Notar Thomas notifizierte im Auftrage der preussischen Regierung dem Hause Rothschild, daß es die bei ihm deponirten Bundesgelder ohne Bewilligung Preußens nicht auszuzahlen habe.

Stuttgart, Freitag 15. Juni.

Herr v. Barnbüler hat ein Circular an die Gesandten erlassen, worin er die Angriffe des Staatsanzeigers von Württemberg auf Preußen bedauert und mißbilligt. Es seien Anordnungen getroffen, um die Wiederkehr derselben zu verhindern.

München, Freitag 15. Juni.

Die „Bayerische Zeitung“ schreibt: Der preussische Bundesreform-Vorschlag ist von Bayern abgelehnt worden, schon wegen der im Artikel 1 enthaltenen Forderung des Ausschlusses Oesterreichs aus dem Bunde.

Paris, Freitag 15. Juni.

Der heutige „Constitutionnel“ sagt, indem er die kriegerische Deutung bekämpft, welche Girardin dem kaiserliche Briefe gegeben hat, es sei ein Mißverständnis, jede Umgestaltung der Karte Europas als einen Bruch des europäischen Gleichgewichts zu betrachten. Es gebe natürliche, legitime Annexionen, welche das Gleichgewicht konsolidiren, anstatt dasselbe zu erschüttern. So die Rückkehr Venetiens zu der Verbindung mit Italien und die Savoyens zu Frankreich. Dieselbe Wirkung würde es haben, wenn Deutschland die Anzahl seiner Staaten reduzieren würde. Der Kaiser werde es nur als einen Bruch des Gleichgewichts betrachten, wenn Oesterreich oder Preußen ganz Deutschland absorbiren wollten.

Von einzelnen Großmächten, welche zu den Unterzeichnern der Wiener Kongressakte vom 9. Juni 1815 gehören, ist nach dem gestrigen Bundesbeschlusse, welcher die Bundesakte verletzt und den deutschen Bund auflöst, Akt davon genommen worden, daß damit zugleich Artikel 54 und 63 der Kongressakte, also die europäischen Verträge von 1815 verletzt worden sind.

Florenz, Freitag 15. Juni.

Das heutige „Journale di Firenze“ meldet: Ricasoli ist mit der Neubildung eines Kabinetts mit Lamarmora beauftragt. Wie die „Opinione“ schreibt, erhielt Ricasoli die Präsidentsur und das Ministerium des Innern, Lamarmora würde Minister bei dem Könige im Felde.

Politische Rundschau.

Auch jetzt noch wird unausgesetzt das sofortige Zusammentreten des deutschen Parlamentes als einziges Mittel, den Frieden zu erhalten, von den bedeutendsten Organen der deutschen Presse gefordert; auch jetzt noch werden die deutschen Staaten vor einem leichtfertigen Eingehen auf Oesterreichs Pläne gewarnt. Bricht der Krieg aus, so löst er den alten Bund; was aber nachher an seine Stelle kommen mag, darüber haben weder Oesterreich noch Preußen, noch der „Beobachter an der Seine“ schon heute ein Urtheil. Das hängt eben von den Ereignissen ab.

Der 14. Juni ist der Sterbetag für manche mittel- und kleinstaatliche Dynastie! weiffagt eine Stimme in der Presse, und wie sehr wir auch mit

fast ängstlicher Gewissenhaftigkeit die Organe der öffentlichen Meinung erforscht haben: — wir haben eine Vertheidigung des österreichischen Antrages vom 11. Juni nirgends gefunden. Auch die Annahme dieses Antrages ist noch nicht der Krieg, ebensowenig wie die bösen Dinge, welche Graf Bismarck über Oesterreichs Absichten gesagt hat, ebensowenig wie der Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Krieg sind, aber alle diese Dinge führen unfehlbar zum Kriege und, daß er nicht schon ausgebrochen ist, liegt eben nur an der Scheu vor dem „ersten Schuß“. Bis dahin suchen beide Großmächte bis zum äußersten das Dium von sich — Oesterreich insbesondere auf den Bund abzuladen, um nur ja nicht als Beginner des Kampfes zu gelten.

Die Stunde ist gekommen, wo die deutschen Bundesregierungen die letzte verhängnißvolle Entscheidung zu treffen haben, von welcher ihr Sein oder Nichtsein, wahrscheinlich in kürzester Frist, abhängen wird. Es ist vielleicht unerhört in der ganzen Geschichte, daß Regierungen vor einer solchen Alternative stehen, ohne daß eine einzige von ihnen zu sagen vermag, wofür sie eine so furchtbare Verantwortung auf sich genommen hat. Denn den wirklichen Grund, Preußens Zukunft zu zerstören und den Zusammentritt des deutschen Parlamentes zu verhindern, darf man natürlich nicht aussprechen. So hat man denn zu dem Gasteiner Vertrag als Grund greifen müssen, einem Vertrage, der, wenn er gehalten wird, die Kompetenz des Bundes escamotirt. Man will den Bundeskrieg gegen Preußen erklären, weil es angeblich den Vertrag gebrochen hat, von welchem acht Tage vorher Oesterreich sich los sagte, weil er dem Bunde zu nahe trete.

In den bundesständlichen Kreisen Frankfurts glaubt man denn auch annehmen zu dürfen, daß Preußen sich durch die Annahme des Mobilmachungsantrages nicht wird provociren lassen, aus der Defensiv zu treten. Die sich aus dieser Scheu ergebende Situation wird der Wiener „Presse“ mit jeder Stunde unerträglicher; auch ihr reißt der Geduldsfaden, und sie fordert unverzüglich Repräsentanten der einschneidendsten Art für die Beleidigung, welche Preußen der Großmacht Oesterreich in das Antlitz geschleudert hat. Chorus mit derlei Aeußerungen machen die preußenfeindlichen Zeitungen ohne Ausnahme.

Die ganze Lage in Deutschland ist eine so unklare und zersahrene, sie entzieht sich so sehr jeder vernünftigen Berechnung, daß es in der That ein sehr überflüssiges Unternehmen wäre, zu ihrem Verständniß nach Vernunftgründen sich umzusehen und auf dem Wege logischer Schlussfolgerung aus dem allgemeinen Wirrwarr den Ausweg zu suchen.

Welches werden nun die unmittelbarsten Folgen für die Gegner, welche sich in der Actionssphäre Preußens befinden, also für Braunschweig, Hannover und Sachsen sein? An diese Frage reißt sich die andere, ob Preußen durch ein gleichzeitiges Auftreten gegen deutsche Mittelstaaten in der Action gegen Oesterreich geschwächt werden würde? Die erste Frage beantwortet die bereits im Auszuge mitgetheilte Depesche Preußens an die deutschen Staaten, und Hannover, wie Sachsen und Braunschweig, wissen in diesem Augenblicke, wessen sie sich in der allernächsten Zeit, sicher vor Ablauf der 14tägigen Mobilmachungsfrist, zu versehen haben. Was die zweite Frage betrifft, so erfahren wir, daß Preußen den in Frankfurt eingetretenen Fall vorhergesehen hat und daß für ein Vorgehen gegen die Mittelstaaten weit über 130,000 Mann disponibel sind.

Was die Widerstandsfähigkeit unserer ehemaligen Bundesgenossen betrifft, so ist diese, von Hannover bis Wiesbaden, kaum schon als soweit consolidirt anzusehen, daß dem raschen Vorgehen der preussischen Truppen ein militärischer Widerstand mit einiger Aussicht auf Erfolg würde entgegengekehrt werden können. Was Sachsen betrifft, so scheint dort der schon lange festgehaltene Plan fortzubestehen, Dresden aufzugeben und das sächsische Armeecorps den bei Bodenbach stehenden Oesterreichern zuzuführen. Vorläufig wird es also auch mit den Sachsen allein zu keinem Zusammenstoß kommen; dieser wird vielmehr erst eintreten, wenn die Sachsen an der Seite der Oesterreicher gegen uns kämpfen.

Daß die Preußen in Sachsen nicht stehen bleiben wollen, daß sie vielmehr weiter gehen werden, das ist sehr natürlich. Wohin sie gehen können und gehen werden, das ist ebenso natürlich, nämlich nach Böhmen. Stellt sich, wie zu vermuthen, die coalirte österreichisch-sächsische Armee diesem weiteren Vordringen entgegen, so werden wir an dieser Stelle, sei es in Sachsen, sei es in Böhmen, die erste Schlacht haben.

Worauf wir schon früher aufmerksam machten, ist der südböhmische Theil von Preussisch-Oberschlesien, ein offenes, kriegsmäßig nicht zu haltendes Land. Aus diesem Grunde hat sich denn auch wohl Benedel diesen preussischen Landestheil zum Beginn seiner Action ausersehen, und aus demselben Grunde wird Preußen, worauf wir auch schon hindeuteten, auch gar keinen Versuch machen, dieses Territorium zu halten.

Das vorläufige Preisgeben auch nur eines geringen Theils der Provinz Schlesien ist gewiß zu bedauern; jeder Einsichtige überzeugt sich aber leicht, daß es im Gesamtinteresse und für die Einheit und Wirksamkeit der Kriegsoperation nicht anders geht. Die braven Schlesier auf dem Terrain, dessen Occupation durch die Oesterreicher in nächster Zeit bevorsteht, werden für die Dauer dieser Occupation viel zu leiden haben; es wird die Sorge der preussischen Waffen und des preussischen Staats sein, ihnen für die Opfer, die sie zu bringen haben, volle Entschädigung zu schaffen.

Der in Aussicht gestellte Einfall größerer österreichischer Kavalleriemassen in Oberschlesien, der aber in Berücksichtigung der preussischen Vorsichtsmaßregeln dagegen und der sehr üblen Verfassung, in welcher sich die Mehrzahl der österreichischen Kavallerie-Regimenter in Folge der Anstrengungen des Marsches befindet, vielleicht ganz unterbleibt, bedroht den an Rußland grenzenden Theil Preußens mit Raub und Plünderung. Zum Schutz hiergegen hat die russische Regierung in loyalster Weise den größeren preussischen Besitzern, welche sich deshalb an sie wandten, gestattet, im Nothfall ohne Weiterungen ihr Eigenthum auf russischen Grund und Boden in Sicherheit zu bringen, und die Grenz-Behörden angewiesen, dasselbe steuerfrei passieren zu lassen.

Die österreichisch-mittelstaatliche Verbindung beabsichtigt, wie man in diplomatischen Kreisen und auch sonst wissen will, die unverzügliche Proklamirung des Herzogs Friedrich von Augustenburg zum Herzog von Holstein.

Die Flucht des Erbprinzen von Kiel hat einen zu schlechten Eindruck gemacht, als daß er nicht wünschen müßte, ihn zu vermissen. Einem seiner Anhänger, der ihm auf seine Frage, was man zu seinem Weggang von Kiel sage, erwiderte: das habe durchweg einen schlechten Eindruck im Publikum gemacht, sagte er wörtlich Folgendes: „Ich habe Nachrichten aus Frankfurt, daß meine Anerkennung vom Bunde ganz nahe bevorsteht. Wenn ich mich unter diesen Umständen Preußen gefangen gäbe, würde man sagen: Das ist ein dummer Kerl.“

Alle Nachrichten aus Italien bestätigen, daß dort der Krieg nicht eher zum Ausbruch kommen wird, als bis der Tanz in Deutschland ernstlich losgegangen ist. Daß man am 9. Juni die Action in jenen Gefilden für ganz nahe bevorstehend erachtete, erhellt aus einem Schreiben aus Florenz, wonach Montag oder Dienstag bereits in Italien der Kampf beginnen sollte. — Diese beiden Tage sind ruhig vorübergegangen, aber alle Welt fragt in Florenz, wie in Berlin: Wann geht es denn endlich los? In Italien namentlich ist die Ungeduld unbeschreiblich, weil man nunmehr mit Bestimmtheit weiß, daß Italien seine ganze Hoffnung einzig und allein auf einen blutigen Kampf zu setzen hat, — einen schweren Kampf, bei dem alles darauf ankommen wird, daß die Italiener sich gut schlagen und daß die weitverzweigte Verschwörung im Süden niedergehalten werden kann; denn sie hat einen ernstlicheren Charakter, als man bisher angenommen hat.

Nicht minder ernstlich gestalten sich die Dinge im Orient, in Griechenland, wie in den verschiedenen Provinzen der Türkei und in Constantinopel selbst.

In den österreichischen Blättern finden wir nur Andeutungen über die Pläne der Türkei, im Einverständnis mit Rußland und Oesterreich. In den Tuilerien ist man in dieser Beziehung sehr mißtrauisch gegen Rußland, welches in der Conferenz nur mit dem Hintergedanken gegen die bewaffnete Intervention der Pforte in den Donaufürstenthümern protestirt hat, weil es hofft, daß die Conferenz ihre Zustimmung eher einer Intervention zu zweien, also der Türkei und Rußland geben werde. In Constantinopel weiß man, daß die Türkei dazu bestimmt ist, bei den Ereignissen, welche sich in Europa vorbereiten, eine Rolle zu spielen, und zwar eine ihr unbecommene Rolle. Darum möchte sie gern bei Seite bleiben. Um aber der Gefahr, mit fortgerissen zu werden, vorzubeugen, will sie sich im Voraus eine Rolle aussuchen, und das ist der Schlüssel zu allen jetzt im Gange befindlichen Besprechungen mit Oesterreich und Rußland, sowie andererseits die nicht verlockende Aussicht, die Hinterländer Dalmatiens an Oesterreich zu verlieren. Die Pforte verhehlt sich nicht, daß ein Vortreten der orientalischen Frage in diesem Augenblick gleichbedeutend ist mit der Zerstückelung der Türkei; darum sucht sie überall nach Freunden, ohne zu wissen, wo sie deren auffinden, an welchem Wahrzeichen sie dieselben erkennen kann. Unter dessen werden aber die tüchtigsten Köpfe des Reiches von dem Sultan aus der Verbannung befreit und in den Rath gezogen. Wird der beste Rath bei leeren Kassen, ohne Credit, bei Soldaten, die schon Monate lang keinen Sold erhalten haben, ausreichen?

Berlin, 15. Juni.

— Die Königin begiebt sich nach ihrer Rückkehr aus Weimar nach Berlin, verweilt dort bis zur Abreise des Königs in's Hauptquartier und wird sich dann auf Schloß Babelsberg aufhalten.

— Baron Werther und der Legations-Sekretär Graf Galen sind soeben aus Wien hier eingetroffen und sofort vom Grafen Bismarck und später vom Könige empfangen worden.

— Es ist amtlich notificirt worden, daß Graf Mensdorff dem preussischen Bevollmächtigten am Wiener Hofe, Baron v. Werther, seine Pässe hat zustellen lassen, bevor dieser dieselben begehrt hatte.

— Das Gerücht tritt immer bestimmter auf, der Herzog von Coburg werde beim Ausbruch des Krieges auf der Seite Preußens eine hervorragende Stellung einnehmen.

— Es circulirt das Gerücht, Preußen habe an Kurhessen und Hannover ein Ultimatum gestellt, welches beide Staaten für den Fall mit militärischen Maßregeln bedroht, daß sie der preussischen Regierung nicht ungesäumt Garantien für ihre volle Neutralität bei dem Kriegsfalle zwischen Oesterreich und Preußen gewähren.

— Der heutige „Staatsanzeiger“ schreibt: Die Regierung ist durch das bundeswidrige Verfahren der Mehrzahl der bisherigen deutschen Bundesgenossen zu einem Schritte gezwungen worden, durch welchen das bestehende europäische Vertragsrecht wesentlich alterirt wird. Oesterreich hat am 11. d. die Mobilisirung des außerpreussischen Bundesheeres beantragt, wegen angeblicher Gefährdung seines Bestandes in Holstein durch die preussische Selbsthilfe, und zwar unter Berufung auf den Artikel 19. der Wiener Schlußakte, welcher nur den Ausgangspunkt für ein rechtliches Verfahren, nicht aber einen Anhalt für kriegerische Bundesvorkehrungen bilden kann. Mobilisirung und Aufstellung des Bundesheeres gegen ein Bundesglied kennen die Bundesverträge nicht. Eine solche steht in directem Gegensatz zu den Artikeln 2. und 11. Alinea 4. der Bundesakte, welche Artikel, als Artikel 54. und 63. der Wiener Congreßakte vom 9. Juni 1815, auch einen Bestandtheil des europäischen Rechtes bildeten. Beides, das Bundesrecht wie das europäische Recht, mußte hiernach durch den österreichischen Antrag verletzt werden. Als derselbe trotz des preussischen Protestes vom 14. d. dennoch beschlossen wurde, hat der königliche Bundestagsgesandte den dadurch vollzogenen Bundesbruch konstatiert und unter Wahrnehmung der bisherigen Bundesrechte Preußens die Bundesversammlung verlassen. Hiernach folgt der Wortlaut der preussischen Erklärung.

— Die Stadtverordneten haben beschlossen: In Erwägung, daß der Magistrat nicht berechtigt war, über die Annahme des Beschlusses, betreffend die Ablehnung der Darlehnskassenscheine, einseitig zu entscheiden, erklären wir, daß der Stadtverordneten-Beschluß der Zustimmung des Magistrats nicht bedarf. Die Beschlüsse vom 2. und 7. d. M. haben dem Magistrate zur Berathung nicht vorgelegen, und

sind dieselben durch die Ausführungen des Magistrats nicht widerlegt worden. Die Stadtverordneten halten daher ihre Beschlüsse aufrecht.

Hannover. Man spricht davon, daß der König von Hannover abdanken möchte.

Dresden. Die Stärke der sächsischen Armee beträgt jetzt nahe an 40,000 Mann, während Sachsen als Bundes-Contingent nur 30,000 Mann aufzubringen hat.

— Die „Reichenberger Stg.“ hat die Entdeckung gemacht, daß der eigentliche Heerd der „großpreussischen Agitation“ in Sachsen in den „Freimaurerlogen“ zu suchen sei. Die Logen seien der Mehrzahl nach mit den preussischen Nationalvereinigern, diese aber wieder mit ihrem „Mitbruder“ (!) Bismarck in stetem und innigem Verkehr.

Wien. Seit mehreren Tagen wechseln die Reisepläne des Kaisers ganz merkwürdig. Bald heißt es, der Kaiser wolle nach Olmütz; bald, er werde die Kaiserin nach Steiermark begleiten, von wo sie sich nach Ischl begeben; bald, er gehe direct nach Ischl, dann wieder, er werde doch nach Olmütz gehen. Die wechselnden Reisepläne stehen in Beziehung mit den allerletzten Versuchen der Damendiplomatie zu einem Ausgleich, welcher, wie man sagt, mittelst einer Zusammenkunft des Kaisers Franz Josef mit König Wilhelm eingeleitet werden soll. Daß diese Bemühungen irgend welchen Erfolg haben werden, glaubt kein Mensch, aber sie tragen nicht wenig dazu bei, das unruhige Schwanken der österreichischen Politik in diesem Momente zu vermehren.

— Spätestens Sonnabend erscheint ein kaiserliches Manifest, welches bereits functionirt ist.

— Man behauptet, die 150 Millionen Gulden österreichischer Zwangscours-Noten seien bereits erschöpft und Oesterreich werde jetzt eine neue Noten-Emission veranstalten.

— Napoleons Brief hat hier den übelsten Eindruck hervorgebracht.

— Als Thatsache wird aus Wien officiös gemeldet, verschiedene deutsche Souveräne [welche?] hätten sich an den Kaiser von Oesterreich gewandt, um Schutz für ihre in preussisch-Schlesien belegenen Güter.

— Frankreich soll die Uebernahme der Vertretung der Interessen preussischer Unterthanen in Oesterreich abgelehnt haben. Preußen habe sich nun an Bayern gewandt, dessen Ablehnung indessen gleichfalls als zweifellos angesehen werde.

— Die österreichische Regierung hat den schweizer Bundesrath ersucht, energische Maßregeln zur Vertheidigung der Alpenpässe nach Italien hin zu treffen.

Italien. Seit mehreren Tagen spricht man in Florenz in sehr geheimnißvoller Weise von einem durch erhaltene Winke aus Paris neuestens entdeckten Complot gegen das Leben des Königs Victor Emanuel; die Sache soll von einigen dreißig neapolitanischen Emigranten, welche aus Frankreich auf dem Wege hierher waren, vorbereitet worden sein.

— Bereits sind die Anstalten getroffen, welche die weiland provisorische Hauptstadt des Königreichs in ein großartiges Militärhospital verwandeln werden. Turin ist nämlich als sicherer Ort zum Haupt-Sammel- und Verpflegungsplatz für die Kranken und Verwundeten der Armee bestimmt worden. Viele Casernen wurden zu diesem Zweck geräumt, ebenso die großartigen Gebäude des neuen Hofes.

— Es ist Alles zum Kriege bereit, und die Aufregung und Erwartung ist auf's Höchste gestiegen. In gut unterrichteten Kreisen wird davon gestiftet, daß Frankreich noch einen letzten Versuch beim Wiener Hofe habe machen wollen und zu diesem Behuf die italienische Regierung gebeten habe, sich noch auf 8 Tage jedes aggressiven Vorgehens zu enthalten, was aber natürlich äußerst geheim gehalten werden müßte, und daß Italien leicht begreiflicher Weise sich dieser Zumuthung des französischen Cabinets nicht habe entziehen können. Bei allem Vertrauen zu der Sache Italiens und bei allem Verlangen nach dem endlichen Beginn des Krieges macht man sich übrigens doch über die zu überwindenden Schwierigkeiten keine Illusionen; und man ist augenblicklich in das Stadium jener eigenthümlichen besonnenen Stimmung getreten, welche auch den Mutigsten erfüllt, wenn er im Begriff steht, ein gefährliches Unternehmen zu beginnen.

Niederlande. Das Kriegsministerium hat an die Direction des militärischen Geniecorps die Befehle erlassen, Vorkehrungen zu treffen, um die Festungen des Landes gegen einen ersten Angriff vor der Hand in vertheidigungsfähigen Stand zu setzen.

Rußland. Beim Ausbruche des Krieges wird an der galizischen Grenze und nach Krakau hin ein Heer von 45,000 Mann aufgestellt werden.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 16. Juni.

Die gestern im Schützenhaussaale abgehaltene, ungemein zahlreich besuchte Versammlung eröffnete Herr Commerzienrath Th. Bischoff mit dem Ersuchen, sich durchaus in den Schranken des Gesetzes bewegen zu wollen. Herr Rechtsanwalt Lipke, welcher zunächst sich zum Worte gemeldet, recapitulirt die Regierungspolitik seit dem Jahre 1862 hinsichtlich des Bestrebens, die Reorganisation aufrecht zu erhalten und die Macht der Krone, der Verfassung gegenüber, zu erhöhen, geht dann auf den bevorstehenden Krieg mit Oesterreich über, erklärt denselben preussischer Seite für einen gerechten, der nicht durch den Conflict in Schleswig-Holstein hervorgerufen, sondern in dem Dualismus seine Ursache habe. Dennoch glaubt Redner nicht, daß die neuzuwählenden liberalen Abgeordneten eher das Geld zu diesem Kriege bewilligen dürften, bis das verfassungsmäßige Budgetrecht wieder hergestellt sei. Die Vorwürfe der Conservativen, daß die Liberalen durch Verweigerung der Geldmittel einen Verfassungsbruch begehen und dem Könige Minister gegen seinen Willen aufdrängen wollen, könnten im Bewußtsein des guten Rechtes ignoriert werden; Angehts der kriegsrischen Verwickelungen einen Compromiß einzugehen und nachzugeben, sei nicht rathsam. Vor 17 Jahren hätte Preußen die Herrschaft über Deutschland ohne Schwertstreich haben können, als das deutsche Parlament dem Könige Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone anbot, damals war es aber gerade die feudale Partei, welche davon abrieth, ein Geschenk von der Demokratie anzunehmen, die Partei, welche heute zum blutigen Kriege für dasselbe Ziel hintreibt. Redner gedenkt der diplomatischen Niederlagen Preußens bis Osmütz hin, wo nicht der Starke, sondern der wirklich Schwache einen Schritt muthig zurückgewichen, und des Abweizens der deutschen Sympathien von uns. Die Sympathien Deutschlands könnten nur gewonnen werden durch Aenderung unseres Regierungssystems. Das früher so verhasste demokratische Italien mit dem s. Z. als Räuberhauptmann bezeichneten General Garibaldi sei jetzt der feudalen Partei ein willkommener Bundesgenosse, und hätte Herr v. Blakenburg in Bezug auf letzteren geäußert: derselbe sei jetzt gleichsam dadurch ehrlich geworden, daß ihm der König Victor Emanuel eine Kugel habe in das Bein schießen lassen. Die liberale Partei will aber die Einheit nicht erobern und dabei die Freiheit opfern. Darum sollen auch wiederum Abgeordnete gewählt werden, die auf dem Boden der Verfassung stehen. Die Darlehnskassen würden zwar durch königliche Verordnung hergestellt, doch seien dieselben auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus fehlerhafte Institutionen. — Herr Ricker, welcher nunmehr die Rednerbühne besteigt, greift zunächst den Verfasser eines Leitartikels in unserm Blatte, unterzeichnet — b —, an, nennt indiskreter Weise dem Publikum gegenüber den Namen desselben und erläutert (von seinem Gesichtspunkte aus) die Unmöglichkeit, auf einen Compromiß, wie derselbe dort vorgeschlagen, einzugehen, indem er als Refrain die Behauptung aufstellt, es habe im Sinne des Verfassers gelegen, daß S. M. der König nur gegenwärtig zur schnellen Beseitigung des innern Conflictes und behufs Erhöhung der nationalen Begeisterung sich mit andern liberalen Ministern umgeben dürfe und nach Beendigung des Krieges ja wiederum den conservativen Ministern ihre Portefeuilles zurückstellen könne. Redner bestreitet dem Verfasser jeden Begriff von deutschem Nationalgefühl (von seinem Standpunkte aus), erwähnt der ihm seither massenhaft zugegangenen, denselben Gegenstand behandelnden Zuschriften Seitens der Altliberalen und geht dann auf das s. g. innere Duppel über. Der Bericht unseres Blattes über die Rede des Herrn Geh. Reg.-R. v. Brauchitsch giebt Redner Stoff, die Conservativen der größten Beleidigung S. M. des Königs zu zeihen, wenn sie demselben zumutheten, wegen des Conflictes in der Budgetfrage die Verfassung zu beseitigen. Nie dürfe eine privilegierte Minorität im Volke herrschen. Die höchste Autorität in dieser Beziehung sei Stein, welcher seiner Zeit auch in gewissen Kreisen in Breslau kein Quartier finden konnte, vom Könige Friedrich Wilhelm III. als widerspenstiger Staatsdiener bezeichnet und dennoch schließlich der Retter des Vaterlandes in der verzweifeltsten Gefahr geworden ist. Den Aussprüchen des Ministerpräsidenten und der Gewalt gegenüber könnten wir nichts entgegenstellen, und unsere Abgeordneten könnten nur mit Luther antworten: Hier stehen wir, wir können nicht anders, Majestät! Amen! Wir sind der festen Ueberzeugung, daß unsere Abgeordneten alles Mögliche thun werden, um den Conflict zu lösen, doch vor der Herstellung des Budgetrechtes könne von Geldbewilligung nicht die Rede

sein. Zum Schluß erinnert Redner an die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen und bezeichnet denjenigen als gewissenlos, welcher seine Stimme nicht abgiebt und dazu beiträgt, den Ausdruck des wahren Volkswillens zur Geltung zu bringen. Hierauf meldete sich Herr J. E. Krüger zum Worte. Er sagte ungefähr Folgendes:

Meine Herren, ich bin nicht hergekommen zu reden, sondern um zu hören, und nach dem, was ich gehört, hätte ich beruhigt nach Hause gehen können. Daß ich dennoch ums Wort gebeten habe, hat Hr. Ricker provocirt. Wenngleich ich nicht zu Ihrer Partei gehöre, so bin ich mir bewußt, daß ich zu Männern rede, die auch eine andere Meinung hören. Ich gehöre der Alt-Liberalen-Partei an. Von dem Augenblicke an, wo seiner Zeit die Kammern aufgelöst und das Ministerium Auerwald-Schwerin entlassen wurde, wurde meiner Partei der Boden unter den Füßen weggezogen, und wir mußten aufhören, als Partei uns zu geriren. Denn es war unerhört in einem constitutionellen Staat, daß Kammern aufgelöst und Minister zur gleichen Zeit entlassen wurden. Demnach blieben unserer Partei nur zwei Wege übrig, sich entweder mit den Feudalen zu vereinigen oder mit der Fortschrittspartei zu stimmen. Mit der feudalen Partei konnte und werde ich nimmer stimmen, weil ich sie als die größten Feinde des Königs betrachte, indem sie auf Unkosten der Gesamtheit Vortheile für sich in Anspruch nimmt; wird ihr Folge gegeben, so geht der König der Sympathie des Volkes verlustig. (Bravo!) Was die Fortschrittspartei anbelangt, so stehen wir im Prinzip auf demselben Boden, nur gehen die Wege zur Erreichung des Ziels zwischen uns weit auseinander. Nichts desto weniger konnte ich nur mit der Fortschrittspartei stimmen. Das habe ich seit jener Zeit stets gethan, und als in diesem Jahre die Kammern aufgelöst wurden, mußte ich fragen: Hättest du als Abgeordneter anders gehandelt? Denn liegt dem Deputirten die schwere, weittragende Pflicht ob, bestehende Steuern gut zu heißen und neue Abgaben zu bewilligen, so muß ihm auch das Recht zur Seite stehen, die Kontrolle zu führen und bei Verwendung der Gelder ein entscheidendes Wort mitreden zu dürfen. Demnach war ich mit mir einig, du wirst als Urwähler den bisherigen Deputirten wiederum deine Stimme geben, und zwar aus reinem Patriotismus; denn jede Auflösung der Kammer ist eine Appellation an das Volk, und da durfte ich die Regierung, noch weniger den König täuschen, als wäre ich mit den Maßnahmen der Deputirten nicht einverstanden gewesen. Das Verhalten der Versammlung der liberalen Urwähler am 1. Juni ließ mich aber in meinem Entschlusse schwankend werden, da ich aus den Referaten der Zeitungen entnahm, als sollten und wollten die Deputirten dem jetzigen Ministerium keine Geldmittel bewilligen. Ein solches Verlangen konnte ich nimmer acceptiren. Zu meiner Beruhigung bin ich von den beiden Vorrednern eines Andern belehrt worden, daß sie nicht die Person, sondern nur die Sache im Auge gehabt und daß sie gleich viel welchem Ministerium die Gelder bewilligen würden, sobald ihnen von der Staatsregierung ihr Budgetrecht gewährleistet wird. — Wir sind jetzt an einen Wendepunkt gelangt, wo sich der Denkende fragen muß: hat der preussische Staatsbürger heute weiter nichts zu verlieren? Und darauf antwortete ich Ihnen: Ja, der preussische Staatsbürger hat noch unendlich viel zu verlieren. Wir haben, im Verhältniß zu andern Staaten, die geregeltste Finanzwirtschaft; wir haben unbestechbare Beamte; in der Industrie, Gewerbetätigkeit, Bodenkultur sind wir Preußen allen übrigen Staaten ebenbürtig. Das wollen wir erhalten! Und daß unsere Staatsregierung ein großes Verdienst an alledem hat, wird doch Niemand in Abrede stellen wollen. Ich bin unter Ihnen alt geworden und hoffe, Sie halten mich für einen ehrlichen Mann, und darum habe ich so offen zu Ihnen gesprochen.

Herr Gürtler-Mstr. Moriz und Hr. Leopold ersuchen um rege Betheiligung bei der Wahl, worauf zum Schluß Herr Rechtsanwalt Koepell (von der Versammlung mit lebhafter Aclamation empfangen) noch einige Wahlvorbereitungen mittheilt und darauf hinweist, wie gerade der Danziger Stadtkreis mit 15,800 Urwählern eine bedeutende Stelle im Staate einnimmt.

Die mit jeder allgemeinen Mobilmachung verbundene Ersatzaushebung von Ersatz-Reserven wird nach der schon erfolgten Ankündigung auch diesmal stattfinden, und zwar wahrscheinlich zunächst in der Höhe der gewöhnlichen Jahreseinstellungen von Reservisten, also 63,000 Mann, doch dürfte die für den Herbst anstehende Aushebung der eben erst dienstpflichtig gewordenen Mannschaften derselben vielleicht noch vorhergehen. Wenigstens befindet sich die Ausführung dieser letzten Maßregel bereits im vollen Gange. Eine Einberufung des zweiten Landwehr-Aufgebots scheint man dagegen so lange als irgend möglich hinausschieben zu wollen, und dürfte dieselbe sicher nur für den Fall der äußersten Noth oder doch einer steigenden Gefahr verfügt werden. Möglicherweise erscheint indeß auch, daß etwa bei einer gegen Preußen gerichteten Mobilmachungserklärung des deutschen Bundes die Cadres der 116 Bataillone dieses Aufgebots zwar einberufen, aber zunächst in der weit überwiegenden Zahl der Mannschaften durch Ersatz-Reserven ausgefüllt werden. Zu dem Dienst als leichte Streif- und Partisanencorps soll, wie versichert wird, mit dem wirklichen Eintritt in den Krieg die Bildung von Freicorps in's Auge gefaßt sein, welche

aus allen Waffen bestehen und vorzugsweise aus Freiwilligen gebildet werden würden. Der Andrang von solchen wird übrigens als ein fortgesetzt sehr beträchtlicher bezeichnet. Das längere Zeit überaus fühlbare Bedürfnis an Ärzten wird jetzt als gehoben und für den gegenwärtigen Stand der Armee ausreichend angegeben.

Eine Berliner Hypotheken-Gesellschaft geht mit dem Plane um, eine Versicherung gegen Kriegsschaden herzustellen. Sobald hundert Grundeigentümer mit einer Versicherungssumme von einer Million sich betheilig haben, soll das Unternehmen an die Öffentlichkeit gebracht werden.

Nach einer königlichen Bestimmung ist es den sämmtlichen nicht berittenen Officieren der Infanterie gestattet worden, während des mobilen Zustandes der Armee ihren bisherigen Degen abzulegen, und an dessen Stelle einen nach Vorschrift angefertigten Korbsäbel, in einer mit Messingbeschlägen versehenen ledernen Scheide befindlich, tragen zu dürfen.

Wie wir hören, soll Befehl ertheilt worden sein, daß Seitens der militärischen Vorgesetzten weniger streng auf Erweisung der Honneurs, namentlich von Seiten der Landwehr, gehalten wird. Man sagt, daß Anzeigen wegen Unterlassung der Honneurs jetzt gar nicht gemacht werden dürfen.

Dem Vernehmen nach werden auch in der Provinz Westpreußen stehende Reserve-Lazarethe für Verwundete und Kranke des Heeres errichtet werden. Diese allgemein getroffene Maßregel: der Errichtung von stehenden Lazarethten bis weit in das Innere des Landes hinein, hat den Zweck, die Armee vor dem verderblichsten Feinde, vor ansteckenden Krankheiten, zu bewahren, — eine Fürsorge, welche nur mit Dank, namentlich von den Combattanten und den Angehörigen derselben, anerkannt werden kann.

Neben dem Projekt einer Eisenbahnverbindung von Marienburg über Soldau nach Warschau ist noch ein anderes, welches ebenfalls eine von der Ostbahn ausgehende Verbindung mit Warschau bezweckt, nämlich von Güttenboden über Neidenburg, in Aussicht genommen. Wie wir hören, hat die Regierung sich auch diesem Projekt-Unternehmen nicht abgeneigt erwiesen, und es werden daher die Vorbereitungen zur Ausführung desselben wohl in nächster Zeit beginnen.

Die Westpreussische General-Landschafts-Direction hat an die mit Pfandbriefen beliehenen Gutsbesitzer nachstehende Verfügung erlassen: Die drohende Kriegsgefahr und die durch dieselbe hervorgerufene Stockung des Absatzes der Produkte und Erschütterung der Kreditverhältnisse wird zweifellos den Besitzern mit Pfandbriefen beliehener Güter bedeutende Opfer behufs prompter Zahlung der Pfandbriefzinsen zum bevorstehenden Johannis-Termin auferlegen. Wir müssen aber bei vollständiger Erkenntniß der Größe dieser Opfer dieselben dennoch in Anspruch nehmen, und zwar im Interesse des gesammten Grundbesitzes unseres landschaftlichen Verbandes. Eine Stockung in der Auszahlung der Pfandbriefzinsen wäre der Ruin des Credits nicht nur der im Rest gebliebenen, sondern sämmtlicher Gutsbesitzer. Es muß daher eine solche Stockung durchaus vermieden werden, und dies ist nur möglich durch prompte Einzahlung der Zinsen seitens der Pfandbriefschuldner. Wir ersuchen deswegen sämmtliche Provinzial-Landschafts-Directionen, zu diesem Zwecke nach besten Kräften mitzuwirken, wenden uns aber hierbei zugleich an alle mit Pfandbriefen beliehenen Gutsbesitzer, indem wir darauf hinweisen, daß eine Nachsicht gegen den Einzelnen unter den jetzigen Verhältnissen von keiner landschaftlichen Behörde, ohne Verletzung ihrer Pflichten gegen sämmtliche zum landschaftlichen Kredit Verbundenen, geübt werden darf, daß vielmehr gegen etwa in Rest bleibende Pfandbriefschuldner sofort mit Zwangsmitteln vorgegangen werden wird. Wir halten uns verpflichtet, dies allen Interessenten schon jetzt mitzutheilen, damit nicht etwa aus der Nachsicht, welche die landschaftlichen Behörden bisher gerne geübt haben, geschlossen werden möchte, dieselben würden sie auch jetzt üben können, und durch diese unrichtige Voraussetzung Mancher in Schaden gerathen könnte, wenn er nicht rechtzeitig für die Mittel zur Zinszahlung Sorge getragen hätte. Wir zweifeln aber auch nicht, daß Jedem klar sein wird, daß vor Allem der Glaube an die Zahlungsfähigkeit der Westpreussischen Landschaft außer allen Zweifel gestellt werden muß, eben so wie, daß dies Ziel nur erreicht werden kann, wenn die Zinszahlung rechtzeitig und vollständig geleistet wird.

Vergangene Nacht 12½ Uhr brach auf dem Grundstücke Bartholomäi-Kirchengasse No. 9, Eigenthum der St. Bartholomäi-Kirche, ein sehr heftiges Feuer aus. In einem Hinterzimmer des ersten

Stockwerks entstanden, ergriff dasselbe mit unglaublicher Schnelligkeit die zum Boden führende Treppe, theilte sich von hier dem Dachstuhl mit und war bereits durch alle Räume des Hauses verbreitet, als die Feuerwehr erschien. — Dem überaus raschen und geordneten Eingreifen derselben, welche mit 2 Spritzen sofort und von verschiedenen Seiten aus das Feuer angriff, gelang es jedoch binnen einer halben Stunde desselben so vollständig Herr zu werden, daß eine eigentliche Zerstörung der brennenden Räume nicht einmal stattgefunden hat, sondern dieselben mit wenigen Ausnahmen bewohnbar blieben. — Die Ursache des Feuers konnte nicht ermittelt werden, jedoch ist zu vermuten, daß dasselbe durch vorlässiges Umgehen mit Licht bei der im Hause betriebenen Dichtfabrikation entstanden ist.

— Gestern Abend fiel das zwei und ein halbes Jahr alte Kind des Schuhmachers Stutt in der Baumgartschengasse zwei Stock hoch zum Fenster auf die Straße und war augenblicklich eine Leiche.

W e. e. Es scheint eine wahre Brandstiftungs-Epidemie zu herrschen. In unserer Gegend nehmen die Feuersbrünste derart zu, daß es kaum mehr möglich ist, die einzelnen Fälle alle zu vermerken. Die angestellten Ermittlungen haben wenigstens so viel ergeben, daß überall eine ruchlose Brandstiftung vorliegt.

Zur Abwehr.

In der gestern im Schützenhause abgehaltenen Versammlung der liberalen Wähler würzte, wie gewöhnlich, Herr Redacteur Ricker seine Rede mit Angriffen auf mich als Verfasser der Artikel im „Dampfboote“, unterschrieben — b —. Ich weiß wohl, daß es oft nicht möglich ist, die Person von der Sache zu trennen, finde es aber ungerecht, wenn man Stellen aus meinen Aufsätzen herausreißt und ihnen einen Sinn unterlegt, den sie nicht haben.

Zum Gehörte und der leicht zu befriedigenden Laich der Zuhörer diene besonders ein in Nr. 131 dieser Zeitung abgedruckter Artikel mit der Ueberschrift „Die konservative Partei.“

Diese Partei hat, wie bekannt, jetzt die Lösung auf ihre Fahnen geschrieben: „Das nöthige Geld zur Kriegsführung muß jedem Ministerium bewilligt werden, denn die Erhaltung des Vaterlandes steht höher als die Partei.“ Das entspricht meinen Anschauungen; nur besteht zwischen mir als Liberalen und den Konservativen der Unterschied, daß, wenn ich für einen Abgeordneten stimme, der unbedingt auch diesem Ministerium Geld geben soll, ich es mit schwerem Herzen und Widerwillen thue, denn ich weiß wohl, daß ich dabei die günstigste Gelegenheit, die sich je der liberalen Partei geboten hat, verpasse — während die Konservativen, indem sie ihre Stimmen solchen Abgeordneten geben, die alle Maßregeln und Forderungen des jetzigen Ministeriums unterstützen sollen, nur ihrem Herzensdrange folgen. Den Konservativen ist deshalb die „unbedingte Geldbewilligung an dieses Ministerium“ seit dessen Bestande Theil ihres Programms, während sie mich das größte Opfer kostet, welches man überhaupt einem Parteimann zumuthen kann, nämlich die Verleugnung der eigenen Partei — ein Opfer, welches aber dann gebracht werden muß, wenn die Erhaltung des Staates auf dem Spiele steht.

Um den Konservativen die ganze Schwere dieses Opfers, welches ich zu bringen entschlossen bin und welches ich meinen Gesinnungsgenossen zumuthete, an's Herz zu legen, schrieb ich den Artikel, heisst „Die konservative Partei.“ Der Gedankengang ist folgender: Ihr Konservativen werth um Liberalen Mangel an Opferwilligkeit und Vaterlandsliebe vor; nun gut, so geht einmal selbst mit gutem Beispiele voran! Ihr werdet nicht bestreiten, daß ein Spitemwechsel augenblicklich Vortheile bietet, die der Erhaltung des Vaterlandes förderlich sind, als da sind: Einigkeit zwischen König und Majorität des Volkes, Einigkeit des Volkes in die Nothwendigkeit des Krieges, günstiger Einfluss auf die Stimmung des deutschen Volkes u. v. Warum sollen gerade wir Liberalen dieses Mal unsere Partei verleugnen? — wenn Euch, wie Ihr immer rühmt, der Bestand Preußens über Alles geht, so kann man mit demselben Rechte, wie uns, auch Euch dieses große Opfer anmuthen; Eure Partei wende sich (wie es in dem Artikel heißt) an das landesväterliche Herz des Königs, das ihr vornehmlich zugeban ist, und spreche zu ihm:

Wir halten an unseren konservativen Grundätzen fest — augenblicklich aber müssen wir in Hinblick auf das gemeinsame Vaterland, welches uns höher steht als die Partei, anerkennen, daß eine conservative Regierung nicht zum Heile des Landes ist. Möge es deshalb Ew. Majestät gefallen, so lange, wie das Land von außen bedroht ist, sich mit Männern zu umgeben, welche das Vertrauen der Majorität des Volkes besitzen — später, wenn die Gefahr vorüber ist, wolle Ew. Majestät wieder Ihren alten erprobten Dienern von der konservativen Partei die Leitung der Regierung anvertrauen.“

Der mit großen Lettern gedruckte Satz vornehmlich ist es, welcher Herrn Ricker die Handhabe für seine persönlichen Angriffe gegen mich und später Herrn Köppl den Anlaß zu seinen Invektiven gegen den „Dampfboote“ bot. Daß ich in meinem Aufsätze diese Worte der konservativen Partei in den Mund lege, und zwar aus dem Grunde, weil, wenn eine Partei das Opfer der Selbstverleugnung bringt, man von ihr Solches doch nur für eine gewisse Zeit und zu einem bestimmten Zweck fordern darf, wurde von den Rednern unwissentlich oder wissentlich ignoriert und der Satz so hingestellt, als ob es

mein Wunsch wäre, daß, falls der König jetzt ein liberales Ministerium nähme, er nach Friedensschluß wieder die konservativen Minister berufen solle.

Ob demnach die wohlfeilen Angriffe gegen mich gerechtfertigt waren oder nicht, kann ich getrost dem unparteiischen Urtheile des Publikums überlassen.

In ähnlicher Weise wurden andere Worte, deren ich mich in meinen Artikeln bedient, aus dem Zusammenhange gerissen, entstellt und zu Waffen gegen mich geschmiedet, doch will ich die Geduld des gutmüthigen Lesers heute mit dergleichen nicht weiter ermüden.

Dieses eine Beispiel wird genügen, Ihnen zu zeigen, mit welchen Waffen Herr Ricker und Herr Köppl unter dem Beifall der Schützenhausversammlung gegen mich kämpften.

John Gibsone.

Meteorologische Beobachtungen.

15	4	336,46	+14,2	Dst mäßig, leicht bewölkt.
16	8	335,68	14,0	DSD. böig, Gewitterl. u. Reg.
	12	334,02	16,3	do. do. do.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angelommen am 15. Juni:

Ossen, Argo, v. Hartlepool; Storm, Cornicopia; u. Mackie, Ballandalloch, v. Newcastle; Sutherland, Cypres; u. Allardre, Rubie, v. Burntisland, m. Koblen. Swanson, Gipsy, v. Grangemouth, m. Robeisen. Niemann, Johanna Sophia, v. London, m. Cement. — Ferner 6 Schiffe m. Ballast.

Angelommen am 16. Juni:

1 Dampfer (Bataillon) m. Ballast.

Auf der Rhede:

Cool, Victoria, v. Korsör, m. Ballast.
Gesegelt: 9 Schiffe m. Getreide u. 5 Schiffe m. Holz.
Nichts in Sicht. Wind: Süd.

Thorn passirt und nach Danzig bestimmt vom 13. bis incl. 15. Juni.

124 Last Weizen, 9 L. Roggen, 4½ Last Gerste, 250 Ctr. Pappelrinde, 80 Ctr. Poitasche, 8 Ctr. 62 Pfd. Fischerneze, 1 Ctr. 59 Pfd. Gurten, 6454 L. Fagholz und Boblen, 2574 Eisenbahnwellen, 10,505 fichtene Balken u. Rundholz und 3244 eichene Balken.
Wasserstand 1 Fuß 5 Zoll.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 16. Juni.

Weizen, 420 Sa't, 129.30—134pfd. fl. 485—525;
126—128.29pfd. fl. 455—490; 123.24pfd. fl. 400
bis 430; 122pfd. fl. 387½; 120pfd. fl. 315; 115pfd.
fl. 310; 113pfd. fl. 303 pr. 85pfd.
Roggen und Erbsen ohne Umsatz.
Gerste, 102.103pfd. fl. 246; 107.108pfd. fl. 252
pr. 72pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 16. Juni.

Weizen bunt 120—130pfd. 58—80 Sgr.
hellb. 120—132pfd. 64—88/90 Sgr. pr. 85pfd. 3. G.
Roggen 120.26pfd. 46—48/49 Sgr. pr. 81pfd. 3. G.
Erbsen weiße Koch. 55—58 Sgr. pr. 90pfd. 3. G.
do. Futter. 50—54 Sgr.
Gerste kleine 100—110pfd. 38—45 Sgr.
do. große 105—112pfd. 42/43—47 Sgr. pr. Schiff.
Hafer 70—80pfd. 30/31—33/34 Sgr. pr. Schiff.

Englisches Haus:

Kaiserl. Russischer General von Below a. Rußland.
Die Rittergutsbes. v. Below a. Hohendorf und Gient.
Steffens a. Groß-Golmlau. Commerzien-Rath Brand
nebst Fam. a. Breslau. Fabrikant Herr aus Potsdam.
Kaufmann Mehl aus Eastowig. Fräulein von Below
aus Hohendorf. Hotel de Berlin:
Fabrikant Föchner aus München. Die Kaufleute
Herz aus Berlin, Brodders aus Paris, Hansfert aus
Wischerleben u. Wildemann a. Breslau.

Hotel du Nord:

Rittergutsbes. von Lebenar a. Saalau. Kaufmann
Blum a. St. Eyllau. Frau Hauptmann v. Hirschfeld
nebst Tochter a. Cöslin.

Walter's Hotel:

Die Rittergutsbes. Schwendig a. Klein-Golmlau
u. Wegner a. Dombrowen. Die Gutspächer Tiede a.
Carlsbagen u. Zembla a. Langwitz. Landschafts-Calcu-
lator Neumann a. Marienwerder. Deconom Knapp a.
Kosittken. Die Kaufl. Wederle a. Puszig, Levy aus
Königsberg u. Stobbe a. Tiegendorf.

Hotel zum Kronprinzen:

Die Rittergutsbes. v. Niczowski a. Lashemo und
Ströbmer aus Bärting. Expediteur Haupt und Kaufm.
Girand aus Thorn.

Schmeizer's Hotel zu den drei Mähren:

Rittergutsbes. Oberst von Palubicki nebst Familie
a. Liebenhof. Gutsbes. Gebhardi a. Breslau. Kaufm.
Schebeler aus Berlin.

Hotel d'Oliva:

Rittergutsbes. v. Wisniewski a. Reddischau. Rentier
Levin und Agent Bröser aus Berlin. Die Kaufleute
Schwentner a. Königsberg u. Jacobi aus Merseburg.
Volontair Bieltz a. Bromberg.

Bekanntmachung.

Unter Genehmigung der Königlichen Regierung
eröffnen wir mit dem 19. d. Mts. Namens
der Stadt Danzig eine Anleihe unter folgenden
Bedingungen:

- 1) Es werden nur Darlehne von mindestens
100 Thalern und in durch 100 theilbaren
Beträgen angenommen.
- 2) Die Darlehne werden mit 8 pCt. jährlich vom
Tage der Einzahlung ab in halbjährlichen
Raten verzinst und nach einer beiden Theilen
freistehenden sechsmonatlichen Kündigung zurück-
gezahlt.
- 3) Der Maximal-Betrag der Anleihe soll
100,000 Thaler sein. Sobald dieser Betrag
erreicht ist, werden keine weiteren Darlehne
angenommen.
- 4) Die mit der sofortigen Einzahlung des ganzen
Betrages zu verbindenden Anmeldungen werden
an jedem Wochentage von 10 bis 1 Uhr
Vormittags und von 4 bis 6 Uhr Nachmittags
auf unserer Kammerei-Kasse entgegengenommen.

Der Darlehensgeber erhält eine von dem Rentanten,
Buchhalter und Kassirer zu vollziehende Interims-
Quittung, welche nach Verlauf von 8 Tagen gegen
den förmlichen Schuldschein auszuwechseln ist.

Danzig, den 15. Juni 1866.

Der Magistrat.

Victoria-Theater.

Sonntag, den 17. Juni. Zum ersten Male: Lieb-
habereien. Posse mit Gesang und Tanz in drei
Acten und 6 Bildern von H. Salingré. Musik von
A. Conradi. Ballet.

Montag, den 18. Juni. Zum zweiten Male: Lieb-
habereien. Posse mit Gesang und Tanz in drei
Acten und 6 Bildern von H. Salingré. Musik von
A. Conradi. Ballet.

Dampfbootfahrt Danzig-Neufahrwasser.

Von Montag, den 18. Juni c., finden die Fahrten der Passagier-Dampfer
nach und von Neufahrwasser wie folgt statt:

Abfahrt vom Johannisthore: Morgens 6, 7 und stündlich bis Abends 8 Uhr.
Abfahrt von Neufahrwasser: Morgens 7 Uhr und stündlich bis Abends 9 Uhr.

Alex. Gibsone.

Preisgekrönt auf den Weltausstellungen London 1862, Dublin 1865.

Nichts ist so angenehm kühlend und erquickend in der heißen Jahreszeit, auf Reisen
und auf Märchen, als Zuckerwasser mit:

„Boonekamp of Maag-Bitter“,

bekannt unter der Devise: „Occidit, qui non servat“.

Erfinden und einzig und allein fabricirt von

H. Underberg-Albrecht,

am Rathhause in Rheinberg am Niederrhein,
Hof-Lieferant

Sr. Majestät des Königs
Wilhelm I. von Preußen.

Sr. Königl. Hoheit des Prinzen
Friedrich von Preußen.



Sr. Majestät des Königs
von Bayern.

Sr. Königl. Hoheit des Fürsten
zu Hohenzollern-Sigmaringen,

und mehrerer anderer Höfe.

NB. Ein Theelöffel voll meines „Boonekamp of Maag-Bitter“ genügt für ein
Glas von ¼ Quart Zuckerwasser. — Derselbe ist in ganzen und halben Flaschen, so wie
in Flacons zu haben in Danzig bei Herrn C. W. H. Schubert.

Warnung vor Flaschen ohne mein Siegel und ohne Exportation.
die Firma: H. Underberg-Albrecht.

Durch Ukas Sr. Majestät des Kaisers aller Rußland nach Rußland importirt. Patentirt für ganz Rußland.